

Nr. 20/116 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Wie steht es um die Inklusion an Bremer Bildungseinrichtungen?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 7. Juli 2020
(Drucksache [20/282 S](#))
2. Keine Unterstützung für Extremisten - Leihvertrag für das Alte Sportamt
auf den Prüfstand stellen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. September 2020
(Drucksache [20/301 S](#))

Nr. 20/117 S

Fragestunde

1. Leerstehende Hausmeisterwohnungen für Schulbetrieb nutzen
Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen vom 1. Juli 2020
2. Digitalisierung der Beiräte und Ortsämter: Wie ist der Sachstand und wie
die weiteren Planungen?
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Dr. Magnus Buhlert, Lencke
Wischhusen und Fraktion der FDP vom 1. Juli 2020
3. Turnhallensituation im Gröpelinger Ortsteil Oslebshausen
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann, Thomas
Röwekamp und Fraktion der CDU vom 6. Juli 2020
4. Projekt „Kids in die Bäder“ ein Erfolgsmodell?
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Thomas Röwekamp und Frak-
tion der CDU vom 8. Juli 2020
5. Spenden für Honorarprofessoren der Volkshochschule Bremen
Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Thomas Röwekamp und
Fraktion der CDU vom 9. Juli 2020
6. Verkehrssicherheit am Vegesacker Bahnhof
Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Ralf Schumann, Sofia Leoni-
dakakis und Fraktion DIE LINKE vom 15. Juli 2020
7. Information über und Vergabe von Notdienstplätzen in Einrichtungen der
Kindertagesbetreuung
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Frak-
tion der CDU vom 17. Juli 2020
8. Hilft der „HanseSani“ auch Krankenhauseinweisungen aus Pflegeheimi-
men zu verringern?
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Frak-
tion der CDU vom 23. Juli 2020

9. Recyclingstation in Bremen-Horn

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 27. Juli 2020

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

10. Wie kann die persönliche Beratung im Jobcenter wieder gewährleistet werden?

Anfrage der Abgeordneten Birgitt Pfeiffer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 28. Juli 2020

11. Kinderschutzambulanz und neues Kinderkrankenhaus

Anfrage der Abgeordneten Sahhanim-Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. Juli 2020

12. Bauarbeiten und damit einhergehende Verkehrsprobleme rund um den Schwachhauser Ring

Anfrage der Abgeordneten Antje Grotheer, Anja Schiemann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 18. August 2020

13. Laxer Umgang mit den „Corona-Regeln“ bei den Bremer Bädern?

Anfrage der Abgeordneten Jens Eckhoff, Marco Lübke, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 19. August 2020

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

14. Immer noch kein Tempo 30 an der Stromer Landstraße

Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Frank Imhoff, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 1. September 2020

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

15. Einschränkungen bei der Nutzung der Sportstätten der Universität Bremen

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Susanne Grobien, Yvonne Averwenser, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 2. September 2020

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

16. Huchtinger Stadtteilhaus auch ein Jahr nach schwerem Brand weiterhin nicht nutzbar

Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Yvonne Averwenser, Hartmut Bodeit, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 7. September 2020

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

17. Warum bleibt das Huchtinger Schwimmbad für den allgemeinen Publikumsbetrieb geschlossen?

Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 8. September 2020

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 20/118 S

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema beantragt worden.

Nr. 20/119 S

Den Einsatz von Laubbläsern und Laubsaugern mit Verbrennungsmotor reduzieren – Gesundheitsschutz bei der Anwendung verbessern, Umwelt schützen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 1. Juli 2020
(Drucksache [20/278 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. in Bremen den Einsatz von Laubbläsern und -saugern mit Verbrennungsmotoren in Eigenbetrieben und bremischen Gesellschaften, die unter anderem für die Gehwegreinigung zuständig sind, zu hinterfragen, den Gebrauch soweit möglich zu reduzieren, und bei der Neubeschaffung auf akkubetriebene Geräte umzustellen; die Erfahrungen aus Berlin, Hamburg und Stuttgart sind einzubeziehen;
2. mit den Bremer Eigenbetrieben und bremischen Gesellschaften, insbesondere den Umweltbetrieben, zu prüfen, auf welchen Flächen, insbesondere auf Grünflächen und in Heckennähe, der Einsatz von Laubbläsern und -saugern generell reduziert werden kann;
3. Anwenderinnen und Anwender städtischer Betriebe über die mit der Verwendung von Laubbläsern und -saugern ausgehenden Gefahren aufzuklären; auch akkubetriebene Geräte sollten nur mit Atem- und Gehörschutz verwendet werden; über die einzuhaltenden Zeiten muss informiert und deren Einhaltung vom Gewerbeaufsichtsamt überwacht werden;
4. mit den in Bremen arbeitenden Gehwegreinigungen Gespräche zu führen, um die Nutzung zu reduzieren und die Verwendung von elektrischen Laubbläsern einzufordern; Laubsauger sollten vermieden werden;
5. eine Untersuchung zu Risiken von Feinstaub und Abgasemissionen anzustoßen, um substanzielleren Aufschluss über die Notwendigkeit präventiver Schutzmaßnahmen zu gewinnen und so Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer umfassend vor gesundheitlichen Risiken zu schützen;
6. sich auf Bundesebene für bislang nicht vorhandene gesetzliche Lärmgrenzwerte einzusetzen, die dann in einer EU-Verordnung geregelt werden müssten;
7. der städtischen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie und der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz im Laufe des Jahres 2021 über die Umstellung und Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit und der Umwelt zu berichten.

Nr. 20/120 S

Für ein sauberes Bremen mit mehr Aufenthaltsqualität!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 5. August 2020
(Drucksache [20/289 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/121 S

Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Häfen erhalten – Kajeninfrastruktur in den stadtbremischen Überseehäfen an aktuelle und zukünftige Bedarfe anpassen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 3. September 2020
(Drucksache [20/298 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/122 S

Zukunftsfeste Weiterentwicklung des Klinikverbunds Gesundheit Nord (GeNo) vorantreiben – Wirtschaftliche Solidität sicherstellen!

Antrag der Fraktion der FDP vom 15. September 2020
(Neufassung der Drucksache [20/21 S](#) vom 06.09.19)
(Drucksache [20/306 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/123 S

Zukunft für die Gesundheit Nord – für ein neues Zukunftskonzept, das Perspektive gibt!

Bericht der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz
vom 16. Juni 2020
(Drucksache [20/190 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz Kenntnis.

Nr. 20/124 S

Überfällig für die Patienten und Beschäftigten an den kommunalen Kliniken der Gesundheit Nord – ein nachhaltiges Sanierungs- und Zukunftskonzept muss her!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 24. September 2019
(Drucksache [20/42 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/125 S

Überfällig für die Patienten und Beschäftigten an den kommunalen Kliniken der Gesundheit Nord – ein nachhaltiges Sanierungs- und Zukunftskonzept muss her!

Bericht der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz
vom 16. Juni 2020
(Drucksache [20/191 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz Kenntnis.

Nr. 20/126 S

Den kommunalen Klinikverbund sichern, die Krankenhauslandschaft in der Stadt Bremen zukunftsfähig gestalten

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 7. Juli 2020
(Drucksache [20/281 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. hinsichtlich des kommunalen Klinikverbunds
 - a) bei der Berichterstattung zur Sanierung so weit wie möglich die Sondereffekte durch die Coronapandemie getrennt auszuweisen;
 - b) das Zukunftskonzept 2025 und seine Umsetzung kritisch zu bilanzieren, dabei die Ergebnisse der ergriffenen Maßnahmen darzustellen sowie die Strategie für erweiterte Geschäftsfelder (ambulante Dienstleistungen, Reha, pflegerische Leistungen, Labore etc.) darzustellen;
 - c) die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses zur Medizinstrategie und die Planung der Umsetzung vorzulegen;
 - d) pflegerische, ärztliche und kaufmännische Expertise in allen Klinikdirektionen sicherzustellen;
 - e) eine nachhaltige Fachkräftestrategie vorzulegen, die eine Planung der zukünftigen Ausbildungskapazitäten und Maßnahmen zur Attraktivierung der Arbeitsbedingungen enthält;
 - f) die Aufstellung zu aktualisieren, welche Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, die von der GeNo erbracht werden, nicht oder nur unzureichend durch die bestehende Krankenhausfinanzierung gegenfinanziert sind;
 - g) die Liquidität des kommunalen Klinikverbunds durch geeignete Maßnahmen abzusichern und weitere Bedarfe vorläufig abzuschätzen;
2. bei der Krankenhausplanung in höherem Maße als bisher eine aktiv gestaltende Rolle einzunehmen und die Versorgungsaufträge im Sinne einer übergreifenden Krankenhausstrategie, welche den Fokus auf die medizinische und pflegerische Qualität, auf die Versorgungssicherheit für alle Patientinnen und Patienten und auf die Wirtschaftlichkeit aller bremischen Kliniken legt, neu zu sortieren und zu konzentrieren;
3. zur Stärkung des klinischen Gesundheitssystems
 - a) ein Konzept zu arbeiten, welche Anforderungen sich aus den Erfahrungen der Coronapandemie und weiterer Risikoanalysen für die städtische Krankenhauslandschaft ergeben, welche Konsequenzen daraus gezogen werden und welche Rolle dabei dem kommunalen Klinikverbund, den freigemeinnützigen Kliniken und weiteren gesundheitspolitischen Akteuren zukommt;
 - b) für die im Konjunkturpaket des Bundes angekündigten Sondermittel zur Stärkung und Modernisierung der Krankenhäuser die notwendige Kofinanzierung bereitzustellen und sich auf Bundesebene für eine Reform des Krankenhaus-Strukturfonds einzusetzen, sodass die Mittel nicht mehr an den Abbau von Kapazitäten gebunden sind;
 - c) im Rahmen des Bremen-Fonds weitere Stärkungsmaßnahmen vorzusehen;

der Stadtbürgerschaft bis zum 1. Oktober 2020 zu berichten.

Nr. 20/127 S

Chance auf frühkindliche Bildung nicht verwehren – Vorrang für schulpflichtig werdende Kinder bei der Aufnahme in die Kita!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. Dezember 2019
(Drucksache [20/100 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/128 S

Chance auf frühkindliche Bildung nicht verwehren – Vorrang für schulpflichtig werdende Kinder bei der Aufnahme in die Kita!

Bericht der städtischen Deputation für Kinder und Bildung
vom 18. Juni 2020
(Drucksache [20/195 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht der städtischen Deputation für Kinder und Bildung Kenntnis.

Nr. 20/129 S

Bebauungsplan 2487 für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe zwischen Hochschulring, Wilhelm-Herbst-Straße, Robert-Hooke-Straße und Bundesautobahn A 27

Mitteilung des Senats vom 14. Juli 2020
(Drucksache [20/285 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2487.

Nr. 20/130 S

Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 167. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für die Grundstücke innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans 2515 für ein Gebiet in Bremen-Obervieland zwischen Habenhauser Landstraße, Friedrich-Engels-Straße und Steinsetzerstraße (zum Teil beiderseits)

Mitteilung des Senats vom 1. September 2020
(Drucksache [20/297 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 20/131 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. LED-Straßenbeleuchtung für eine adaptive Stadtbeleuchtung und als Stromlieferanten für die E-Mobilität sowie als Basis „smarter“ Technologie nutzen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 7. September 2020
(Drucksache [20/299 S](#))

2. LED-Leuchten für den Bremer Nachthimmel
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 15. September 2020
(Drucksache [20/305 S](#))
3. Fortbildungen statt wirkungsloser Verbote – Handlungsfähigkeit der Polizei im Umgang mit Auto-Posern stärken!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 9. September 2020
(Drucksache [20/302 S](#))
4. Kinder stärken, Zukunft sichern! Die Stadt Bremen braucht einen Kinderbeauftragten
Antrag der Fraktion der FDP
vom 9. September 2020
(Drucksache [20/303 S](#))
5. Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 10
vom 11. September 2020
(Drucksache [20/304 S](#))